

Hessische Minister schlagen „Deutschland-Rente“ vor

Rentenversicherung als Börsenspekulant?

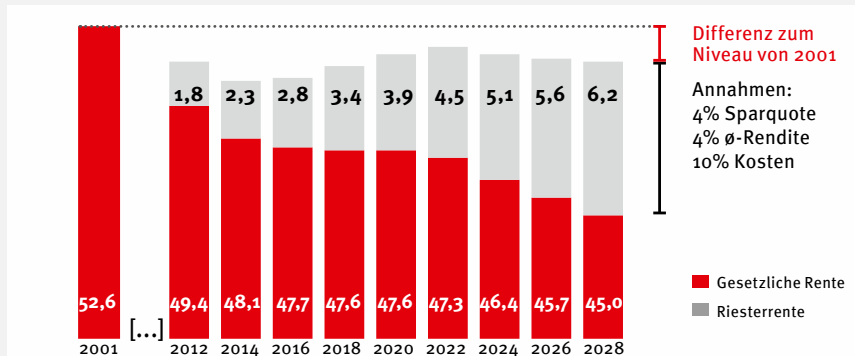
Kurz vor Weihnachten präsentierten drei Staatsminister der schwarz-grünen Landesregierung in Hessen mit der so genannten „Deutschland-Rente“ eine vorgebliche Alternative zur gescheiterten Riester-Rente. Doch die Zukunft der Alterssicherung sehen sie dabei wieder einmal an den renditeschwachen Kapitalmärkten, und bezahlen sollen in erster Linie die Arbeitnehmer allein.

Ausgangspunkt für den Vorschlag der Staatminister Al-Wazir (Bündnis 90/Die Grünen), Grüttner und Schäfer (beide CDU) ist die gestiegene Gefahr von Altersarmut. Eine Gefahr, die auch den politisch beschlossenen Kürzungen der gesetzlichen Rente geschuldet ist. Schon heute liegt das gesetzliche Rentenniveau mit knapp 48 Prozent rund zehn Prozent niedriger als zur Jahrtausendwende. Und das ist noch lange nicht das Ende des Abwärtstrends. Doch auf die naheliegende Idee, zur Sicherung des Lebensstandards im Alter das Rentenniveau erst zu stabilisieren und dann wieder anzuheben – wie es die IG Metall fordert – kommen die hessischen Minister nicht.

Stattdessen schlagen sie vor, dass die Beschäftigten zusätzliche Beiträge für ein kapitalgedecktes Standardprodukt zahlen sollen, die durch die Arbeitgeber an die Deutsche Rentenversicherung (DRV) abgeführt werden. Dort müsste folglich eine neue Struktur jenseits der umlagefinanzierten Rentenanwartschaften mit individuellen Versicherungskonten aufgebaut werden. Das eingenommene Geld soll dann von der DRV durch einen staatlichen „Deutschlandfonds“ angelegt werden: in einem leicht verständlichen Produkt, kostengünstig wegen geringer Vertriebs- und Verwaltungskosten und durch eine Anlagestrategie mit höherem Aktienanteil als bei heutigen Vorsorgeprodukten hochren-

Versorgungslücke nicht zu schließen

Selbst unter sehr optimistischen Annahmen kann das sinkende Sicherungsniveau (netto vor Steuern) der gesetzlichen Rente mit „Riester“ nicht ausgeglichen werden. (Werte in Prozent)



Grafik: IG Metall SOPAINFO Quelle: eigene Darstellung nach Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2015, Übersicht B 8, S. 40



tabel – so jedenfalls die Überlegung der Erfinder der „Deutschland-Rente“.

Ähnliche Defizite wie bei „Riester“

Gegenwärtig sind an den Märkten allerdings kaum hohe Renditen zu erwarten. Spätestens seit der Finanzmarktkrise ab 2008 leidet der Kapitalmarkt unter der Niedrigzinsphase, und gerade erst sind die Aktienmärkte wegen der schwächelnden Wirtschaft in China wieder in Turbulenzen geraten. Das macht den Vorschlag aus Hessen wenig attraktiv. So macht ein Blick auf die Riester-Rente deutlich, dass selbst unter sehr optimistischen Annahmen die Versorgungslücke durch das sinkende Rentenniveau nicht geschlossen werden kann (s. Grafik).

Nachdem sowohl die Verbreitung als auch die Rendite hinter den Erwar-

tungen zurückgeblieben sind, kann die Riester-Rente nicht einfach durch eine andere Form kapitalgedeckter Vorsorge ersetzt werden. Gerade Geringverdienende könnten sich die „Deutschland-Rente“ meist ebenso wenig leisten wie einen Riester-Vertrag. Und weiterhin bliebe das Problem der ungleichen Belastung bestehen: Auch die „Deutschland-Rente“ müssten ganz überwiegend die Arbeitnehmer allein finanzieren.

Finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber – Fehlanzeige

Eine finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber wird im Papier aus Hessen gar nicht erst thematisiert. Ohne angemessene, mindestens hälftige Arbeitgeberbeteiligung an den Kosten der Alterssicherung insgesamt droht aber eine weitere

Verschärfung der verteilungspolitischen Schieflage, mit der die Beschäftigten ohnehin schon konfrontiert sind – etwa durch die aufgekündigte Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung oder eben bei der Finanzierung zusätzlicher Altersvorsorge.

Aber: „Zwangssparen“ für Arbeitnehmer

Statt die Arbeitgeber zu verpflichten allen Beschäftigten eine Betriebsrente anzubieten und zu finanzieren, kommen die schwarz-grünen Sozialpolitiker aus Hessen auf die Idee, die Arbeitnehmer auf diese Form der Zusatzvorsorge zu verpflichten. Erst wenn die Beschäftigten aktiv Widerspruch einlegen, soll der Arbeitgeber die Abführung von Entgelt in den „Deutschlandfonds“ stoppen müssen – ein so genanntes „Opt-out“ für die Beschäftigten.

Rentenversicherung droht Imageverlust

Eine „Deutschland-Rente“ über die DRV verwalten zu lassen, könnte sich als gefährlicher Bumerang erweisen. Die Beitragszahler würden kaum unterscheiden können, wieviel Geld sie in das vom Kapitalmarkt unabhängige Solidarsystem der gesetzlichen Rente eingezahlt haben und mit welchem Teil ihrer Beiträge der „Deutschlandfonds“ an der Börse spekuliert. Kommt es dann zu nicht erfüllten Renditeerwartungen oder gar Verlusten, fiel dies unweigerlich auf die DRV zurück und könnte deren Image massiv beschädigen.

Versorgungslücke würde größer

Auch an anderer Stelle lauern Risiken. Denn die „Deutschland-Rente“ wäre auch eine Konkurrenz zur betrieblichen

Altersversorgung in heutiger Form. Gerade kleine und mittlere Betriebe könnten schrittweise zur „Deutschland-Rente“ übergehen, etwa weil diese als reine Beitragszusage ohne Arbeitgeberhaftung angedacht ist. Zudem handelte es sich bei betrieblicher Zusatzvorsorge mit der „Deutschland-Rente“ bei fehlender Arbeitgeberbeteiligung um eine neue Art der Entgeltumwandlung – mit entsprechenden Folgen für die Versorgungssituation. So sind etwa Invalidität und die Absicherung von Hinterbliebenen nicht obligatorisch abgedeckt. Noch gravierender wäre die Sozialversicherungsfreiheit der Entgeltumwandlung. Wenn nämlich Teile des Einkommens auf diesem Weg für zusätzliche Altersvorsorge zurückgelegt werden, mindert dies die Höhe des gesetzlichen Rentenanspruchs, weil das versicherungspflichtige Einkommen sinkt und dadurch niedrigere Rentenanwartschaften aufgebaut werden. Kommt es im Alter dann zur Auszahlung der Zusatzvorsorge, werden darauf die vollständigen Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung fällig – also auch der eigentlich vom Arbeitgeber zu tragende Teil.

Für eine starke gesetzliche Rente

Von entscheidender Bedeutung für die Sicherung des Lebensstandards im Alter ist das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung. Daher muss das Rentenniveau zunächst auf dem heutigen Stand stabilisiert und dann schrittweise wieder deutlich angehoben werden. Davon würden alle gesetzlich Rentenversicherten profitieren – deren Kreis sich in einer Erwerbstätigenversicherung etwa um Selbstständige und Beamte vergrößern sollte.



„Versorgungslücken im Alter zu verhindern – darum geht es in der Alterssicherungs politik. Das geht am besten im Umlageverfahren in der gesetzlichen Rentenversicherung, mit solidarisch finanzierten Betriebsrenten on top.“

HANS-JÜRGEN URBAN
geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
der IG Metall

Eine so gestärkte gesetzliche Rente sollte um eine verbesserte betriebliche Altersversorgung mit zumindest teilweiser Arbeitgeberfinanzierung ergänzt werden – und nicht teilweise ersetzt! Statt also mit der „Deutschland-Rente“ einen unausgegorenen und die Arbeitnehmer tendenziell benachteiligenden Vorschlag in die Debatte um die Zukunft der Alterssicherung einzubringen, sollten Defizite im bestehenden System beseitigt und besonders die solidarische Umlagefinanzierung gestärkt werden.

Impressum

Herausgeber
IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik
60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich
Hans-Jürgen Urban

Redaktion
Christoph Ehlscheid, Angelika Beier,
Stefanie Janczyk, Thomas Krischer, Dirk Neumann
Gestaltung
Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de.

Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.